TOP

Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss	10.03.2021

öffentlich

Vorlage Nr.	074/2021-7
Stand	26.01.2021

Betreff Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2021 betr. Aufforderung an die Autobahn GmbH des Bundes zum Projekt Rheinspange

Beschlussentwurf

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2021 zur Kenntnis zu nehmen.

Sachverhalt

Die SPD-Fraktion beantragt, im Rahmen des laufenden Planungsverfahrens zur Rheinspange 553 an den Planungsträger, Die Autobahn GmbH des Bundes (seit 01.01.2021 Trägerin des Planungsverfahrens) einzelne konkrete Forderungen heranzutragen (siehe Anlage).

Die Verwaltung beschäftigt sich zurzeit eingehend mit dem Planungsprozess zu einer neuen Rheinquerung, der sog. Rheinspange 553. Wie bereits aus Vorlage 825/2020-7 und der in der Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschusses am 09.12.2020 vorgestellten Präsentation hervorgehend, sind aus Sicht der Verwaltung diverse Kritikpunkte hinsichtlich der grundsätzlichen Vorgehensweise im Planungsprozess und dem vom Planungsträger aufgestellten Bewertungssystem vorhanden.

Die Verwaltung beabsichtigt nun diese Kritikpunkte in einer offiziellen Stellungnahme der Stadt Bornheim an die Autobahn GmbH des Bundes zu übermitteln. Darin enthalten sind auch die von der SPD-Fraktion beantragte Höherbewertung der Belange Wohnen, Umwelt und verkehrliche Wirkung sowie die Berücksichtigung des Fuß- und Radverkehrs. Der Planungsträger soll zudem aufgefordert werden, eine Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen auf linksrheinische Landes- und Kreisstraßen mit Routenverfolgung auf Bornheimer Stadtgebiet inklusive Fahrtbeziehungen zur A 61 vorzunehmen. Die von der Verwaltung erarbeitete Stellungnahme enthält zudem Forderungen hinsichtlich der sog. Null-Variante. Die Betrachtung von Auswirkungen der Digitalisierung im Bereich Mobilität und Verkehr hält die Verwaltung grundsätzlich für sinnvoll.

Auf Grundlage des Beschlusses zur Vorlage 09.12.2020 ist die Verwaltung zudem in ersten Gesprächen mit diversen Fachbüros, um Beratungsleistungen zu einzelnen Bestandteilen der Planungsunterlagen in Anspruch zu nehmen.

Es wird zudem auf Vorlage 100/2021-7 verwiesen, in der das Thema Rheinspange 553 eingehend dargestellt wird. Die Beratung der Vorlage 100/2021-7 erfolgt in selbiger Sitzung.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis zu nehmen und verweist auf die Vorlage 100/2021-7.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag